

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 30.11.2018

Von Karin Leukefeld
30.11.2018

Vorerst Geldhahn zugedreht

US-Agentur stellt Unterstützung für bewaffnete Gruppen in syrischer Provinz Idlib ein



Kriegsverbrechen, finanziert von den USA: Islamisten nach dem Abschuss eines russischen Militärhelikopters in der Provinz Idlib (1.8.2016)

Foto: Ammar Abdullah/REUTERS

Die US-Entwicklungshilfeagentur USAID hat eingeräumt, dass mehr Hilfslieferungen als zunächst angenommen in Syrien in die falschen Hände gelangt sind. »Viele Male« seien Hilfsgelder an »bewaffnete Gruppen« in der Provinz Idlib im Nordwesten des Kriegeslandes weitergeleitet worden, heißt es in einem Bericht, den das Büro des Generalinspektors von USAID Mitte November veröffentlichte. Auch die

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Nachfolgeorganisation der Al-Nusra Front, Haiat Tahrir Al-Scham (Bündnis zur Eroberung von Syrien, HTS), habe davon profitiert. Die Gruppe ist international als terroristische Organisation gelistet.

Die Lieferungen von USAID für Idlib werden aus der Türkei über die Grenze nach Syrien gebracht. Transport und Verteilung werden durch lokale Gruppen organisiert. Keine von diesen wird von USAID namentlich genannt. Im September 2018 wurden laut der US-Agentur die Lieferungen über den Übergang Bab Al-Hawa eingestellt, weil HTS Steuern für die Hilfskonvois verlangte.

Einem Bericht des Internetportals Al-Monitor zufolge wird beispielsweise der von der Türkei überwachte Kontrollposten Murek im Süden der Provinz Idlib vom dortigen oppositionellen Stadtrat betrieben, der mit der HTS-Miliz kooperiert. Die Islamisten sichern demnach den Checkpoint ab. Auf der anderen Seite des Übergangs sind russische Militärpolizei und Soldaten der syrischen Armee stationiert.

Murek liegt in der von der Türkei und Russland vereinbarten »entmilitarisierten Zone«. Wegen der Präsenz des HTS hat Damaskus jedoch den Übergang Mitte November geschlossen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sollen sich noch rund 10.000 HTS-Kämpfer in Idlib befinden ebenso wie Tausende Salafisten.

Der türkische Journalist Fehim Tastekin, der regelmäßig aus Idlib berichtet, schätzt die Zahl der HTS-Anhänger auf etwa 15.000. Sie kontrollierten strategisch wichtige Straßen in etwa zwei Dritteln der Provinz und damit auch die Lieferung von Hilfsgütern.

Die Türkei, die in Idlib zwölf Kontrollposten überwacht, kooperiert mit einer »Nationalen Befreiungsarmee«, die aus Fraktionen der »Freien Syrischen Armee« und anderen Kampfverbänden besteht. Auch die Gruppen Ahrar Al-Scham und Nur Al-Din Al-Senki, die sich immer wieder mit dem Al-Qaida-Ableger HTS verbünden, gehören der »Nationalen Befreiungsfront« an. Diese Truppe wird von Ankara bewaffnet und bezahlt. Tastekin schätzt die gesamte Zahl von bewaffneten Kämpfern in den von der türkischen Armee kontrollierten Gebieten in Idlib, Afrin und nordöstlich von Aleppo auf bis zu 100.000 Kämpfer.

Auch deutsche Hilfe wird aus der Türkei in dieses Gebiet geliefert. Die Linke-Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel fragte im Oktober die Bundesregierung nach der deutschen Unterstützung für verschiedene oppositionelle Gruppen mit und ohne Waffen. Hänsel bezog sich in ihrer Anfrage auch auf die deutsche Unterstützung für die

»Weißhelme«, eine vom Westen aufgebaute und finanzierte »Zivilschutzorganisation« sowie auf die Entscheidung der niederländischen Regierung vom August, ihre Hilfe für diese und andere syrische Oppositionelle einzustellen.

Die äußerst knappen Antworten der Bundesregierung auf die Fragen lauten im wesentlichen, Unterstützung erfolge teilweise als »Nothilfe«, teilweise als »Stabilisierungshilfe für Syrien«. Außerdem verfüge Berlin über »keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung« oder es würden »keine Gruppen im Sinne der Fragestellung« unterstützt. »Projektspezifische Sicherheitsvorkehrungen« und Kontrollen stellten sicher, »dass bewaffnete Gruppen« von der Hilfe »auch nicht indirekt profitieren« könnten. Im übrigen stellt die Bundesregierung klar, dass sie die »Weißhelme« als »unparteilich und neutral agierende Nichtregierungsorganisation« unterstützt.